



Antrag

der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, Bündnis 90 / DIE GRÜNEN und SSW

Auswirkungen der Aussetzung des Wehrdienstes und Zukunft der Freiwilligendienste und des Katastrophenschutzes in Schleswig-Holstein

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bittet die Landesregierung, zur 17. Tagung (Mai) schriftlich zu berichten, welche Auswirkungen die Aussetzung der Wehrpflicht und der damit verbundene Wegfall des zivilen Ersatzdienstes in Schleswig-Holstein haben werden.

Die Landesregierung möge in ihrer Berichterstattung darlegen, wie sie diesen Entwicklungen Rechnung tragen will. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die Umsetzung des neu zu schaffenden Bundesfreiwilligendienstes in Abstimmung mit den bestehenden Freiwilligendiensten und dem Katastrophenschutz sowie eine Neuorientierung des Bundesamtes für Zivildienst und der Kreiswehrersatzämter. Dabei ist auf folgende Fragestellungen besonders einzugehen.

- Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt – insbesondere in den durch die Freiwilligendienste (FSJ inklusive Kultur und Sport, FÖJ, Freiwilligendienste im Ausland) unterstützten Dienstleistungssektoren,
- Auswirkungen auf die Ausbildungsplatzsituation,
- Aussagen zur Verfügbarkeit von Schnelleinsatzgruppen, ehrenamtlichen Rettungsdiensten sowie Katastrophenschutzeinheiten zur Unterstützung des hauptamtlichen Rettungsdienstes,
- Aussagen über die Wintertauglichkeit bei extremen Schneesituationen der Rettungswagen (z.B. Ausstattung mit Schneeketten),
- Aussagen über die Folgen der Reduzierung der Bundesausstattung für den ergänzenden Katastrophenschutz,
- Aussagen über die Anzahl der aktuell zur Verfügung stehenden Ressourcen (Fahrzeuge und Personal) der Bundeswehr im Rahmen der zivil-militärischen

Zusammenarbeit und der Bundespolizei im Katastrophenfall (z.B. Schneekatastrophen, Sturmfluten, Hochwasser, Schiffshavarien),

- Aussagen bzw. Folgeabschätzung für den Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein, sollte eine komplette Teilstreitkraft (z.B. Heer) oder Teile davon aus dem Land abgezogen werden,
- Aussagen über mögliche Fähigkeitslücken durch Wegfall von Ressourcen der Bundeswehr in Katastrophensituationen (z.B. schweres Räum- und Bergegerät wie bei der Schneekatastrophe 1978).

Markus Matthießen
und Fraktion

Serpil Midyatli
und Fraktion

Gerrit Koch
und Fraktion

Dr. Marret Bohn
und Fraktion

Flemming Meyer
und Fraktion